

# Das Kosovo träumt vom EU-Beitritt

Seit der Unabhängigkeit macht der kleine Balkanstaat aber kaum Fortschritte – Präsident Sejdiu wirbt in Berlin für rasche Aufnahme

Gut zwei Jahre ist es her, dass sich das Kosovo von Serbien losgesagt hat. Die Unabhängigkeit sollte dem Land zu wirtschaftlicher Blüte verhelfen. Doch noch immer geht es in Europas jüngstem Staat nicht recht voran. Korruption und Kriminalität verhindern einen raschen Aufschwung.

VON STEFFEN ROMETSCH

**PRISTINA.** Unverrückbar stehen die sieben stolzen, drei Meter hohen Buchstaben vor dem Palast der Jugend im Herzen von Pristina und formen zusammen das Wort „Newborn“. Mit unzähligen Sprüchen, Wünschen und Hoffnungen haben sich Passanten auf dem Symbol für die Unabhängigkeit verewigt. „Europe we come“ oder „Kosovo goes Europe“ steht darauf geschrieben. Doch nach gut zwei Jahren ist die leuchtend gelbe Farbe der Buchstaben verblasst, ebenso wie die Hoffnungen vieler Kosovaren.

Fatmir Sejdiu, der Präsident von Europas jüngstem Staat, weilt bis Samstag zu Besuch in Deutschland. Treffen mit Bundespräsident Horst Köhler, Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und SPD-Oppositionschef Frank-Walter Steinmeier

stehen in seinem Terminkalender. In seinen Gesprächen wird Sejdiu von den Anstrengungen berichten, die sein Land bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität unternimmt. „Am liebsten sofort“, antwortet Sejdiu beharrlich auf die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für den EU-Beitritt. „Wir möchten unseren Traum leben. Wir haben gezeigt, dass dieser Staat stabil vorangeht.“

Doch der Alltag in dem zu gut 90 Prozent von Albanern und zu vier Prozent Serben – der Rest verteilt sich auf andere Minderheiten – bewohnten Land zeigt, dass das Kosovo von Beitrittsverhandlungen mit der EU noch meilenweit entfernt ist. „Die größten Probleme sind immer noch die Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen, es ist immer noch die vorhandene Korruption und die organisierte Kriminalität, die eine



Foto: S/N

**„Die Korruption und die Kriminalität behindern die wirtschaftliche Gesundung“**

Markus Bentler  
Oberkommandierender der Kfor

wirtschaftliche Gesundung behindert“, sagt Bundeswehr-General Markus Bentler im Gespräch mit unserer Zeitung. Der 56-Jährige hat seit September vergangenen Jahres das Oberkommando über die derzeit

noch 9000 im Kosovo stationierten Soldaten der Nato-Friedenstruppe Kfor. „Militärisch ist unsere Aufgabe weitestgehend erfüllt.“ Die große Herausforderung werde es aber sein, die Sicherheitsstandards zu wahren und die Verantwortung schrittweise an einheimische Organe zu übergeben.

Dies rasch umzusetzen, fordert die Kosovo-Expertin und Analystin der European Stability Initiative (ESI), Verena Knaus. „Der Korruption kann man nicht Herr werden, indem man europäische Polizisten herschickt“, sagt die 34-Jährige, die mit Unterbrechungen seit neun Jahren in Pristina lebt, „sondern man muss die Kompetenzen klar in kosovarische Hand legen.“ Dann, so glaubt Knaus, werde die Bevölkerung genügend Druck auf die Regierung aufbauen, damit diese den Sumpf aus Korruption und Kriminalität trockenlege.

Gut zwei Jahre nach der Unabhängigkeit ist das Kosovo noch immer ein fragiler Staat. Wer die Arbeitslosenquote unter den 2,1 Millionen Einwohnern mit 45 Prozent angibt, gilt vielen Experten als Optimist. Das Land hat kaum Bodenschätze, keine Industrieproduktion und eine darbenende Landwirtschaft. „Praktisch alles, was wir konsumieren, wird importiert“, sagt der Wirtschaftsberater Shpend Ahmeti. Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit kommt jene im Bereich der Sicherheit. Neben den 9000 Kfor-Soldaten versuchen rund 2000 internationale Polizisten, Richter und Zollbeamte, dem Land ein rechtsstaatliches Korsett zu geben.

## Das jüngste Land Europas



S/N-Grafik: Lange

Erschwert werden sämtliche Bemühungen von der ungeklärten Statusfrage. Bisher haben erst 22 der 27 EU-Staaten das Kosovo anerkannt, darunter Deutschland. Noch in diesem Jahr will der Internationale Gerichtshof in Den Haag in einem Rechtsgutachten klären, ob die einseitige Unabhängigkeitserklärung völkerrechtskonform war. Es wäre ein Schritt vorwärts. Ein kleiner.